Krakauer Zeitung.

Nr. 83. Donnerstag den 12. April 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. begonnene neue Quartal der

„Krakauer Zeitung."

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1866 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Nr. 9231.

Die k. k. Statthalterei-Commission hat die an der Neu-Sandecer Unterrealschule erledigte Stelle eines zweiten technischen Lehrers dem Lehramtscandidaten Ladislaus Daszyński in Lemberg zu verleihen befunden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 6. April 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Staatstelegraphendirector Carl Brunner v. Wattenwyl den kgl. preußischen Rothen Adler-Orden zweiter Classe und den ottomanischen Medschidjé-Orden zweiter Classe annehmen und tragen dürfe.

Am 16. April d. J. um 10 Uhr Vormittags wird in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Bancohause, Singerstraße, die 10. Verlosung des Prämienanlehens vom Jahre 1864 durch Ziehung der planmäßig bestimmten Anzahl von Serien und Gewinnnummern vorgenommen werden.

Unmittelbar hierauf wird zufolge der Bestimmungen des Vertrages zwischen der österreichischen Staats-Verwaltung und der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft vom 30. April 1850 die 16. Verlosung der gegen die Stammactien der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn hinausgegebenen Obligationen und die 17. Verlosung der Prioritätsactien der genannten Bahn stattfinden.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 12. April.

Die gestern erwähnte Note Baierns an die königlichen Gesandten in Wien und Berlin, die von der amtlichen „Baierischen Zeitung" unter der Ueberschrift: „Ein Schritt zum Frieden" veröffentlicht wird, zielt nicht blos dahin ab, dem drohenden Conflict zwischen den beiden Großmächten ein Ende zu machen, sondern die Ursache der Mißhelligkeiten zwischen beiden zu beseitigen. Indem die Note auf die erste Ursache des jetzt schwebenden Conflictes übergeht, deutet sie in sehr feiner Weise an, daß dieser Conflict weder in der Gasteiner Convention begründet sei, die doch den Charakter eines Provisoriums an sich trage, noch in der definitiven Entscheidung der Herzogthümerfrage, da ja hierüber noch keine Verhandlungen stattgefunden hätten. Solche Verhandlungen zu eröffnen und der Bundesversammlung die ihr unzweifelhaft zustehende Betheiligung an der Entscheidung nicht vorzuenthalten, erscheine daher als der sich von selbst darbietende Weg, „wenn nicht der Krieg aus ganz anderen Beweggründen gewollt wird." Demnach könne eine eingehende Erwägung der Sachlage sich kaum der Ueberzeugung entschlagen, daß die Kriegsgefahr aus einem Mißbehagen über die ganze Gestaltung der Bundesverhältnisse und die Stellung der beiden ersten Bundesglieder zu einander und zum Bunde hervorgehe, und in der That deute die preußische Circulardepesche vom 24. März darauf hin. Wenn dem aber so ist, wenn die Kriegsgefahr als Ausdruck des Revisionsbedürfnisses der Bundesverfassung sich darstellt, so sei es doch in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn zum Zwecke der Verbesserung das Mittel der Vernichtung und zwar in der verderblichsten Weise gewählt werden will. Freiherr v. d. Pfordten schlägt demnach für den Fall, daß eine der beiden Bundesmächte es wirklich für unerträglich halten sollte, ferner Mitglied des Bundes in jetziger Gestalt zu sein, Verhandlungen zur Erörterung der Frage vor, ob denn nicht eine Umgestaltung des Bundes zu erreichen sei, sei es nun, daß die Anregung hiezu sofort im Schooße der Bundesversammlung gegeben werden, oder daß vertrauliche vorbereitende Verhandlungen unter den Cabineten eingeleitet werden wollen. Wie erwähnt, haben die Cabinete von Wien und Berlin unter Begründung der Hoffnung, daß zur Zeit ein gewaltsamer Conflict nicht zu befürchten ist, sich bereit erklärt, zur Lösung der Schwierigkeiten den Weg der Unterhandlungen unter sich und mit ihren Bundesgenossen zu betreten.

Das Bundesreformproject des Grafen Bismarck erfährt in der Presse keine günstige Beurtheilung. Daß von den Wiener Blättern ein Project, das auf Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland abzielt, nicht mit Lobpsalmen begrüßt wird, ist selbstverständlich. Die außerösterreichischen deutschen Blätter nehmen den Vorschlag mit ebensoviel Mißtrauen als Erstaunen auf, die Mehrzahl derselben hält ihn nicht für ernstlich gemeint, die meisten Gründe richten sich vorläufig gegen die Person des Antragstellers. Die Berliner Blätter enthalten sich jeder Besprechung des Antrages. Die „N. Preuß. Ztg." erkennt die Nothwendigkeit der Bundesreform an, versteht aber den Grund der Berufung eines Parlamentes nicht und bittet die Regierung um Aufklärung, damit die Regierungsfreunde nicht irregeführt werden. Die Berl. „N.-Z." bemerkt blos mit Bezug auf das Project, daß durch den kühnen Sprung von der Note vom 26. Jänner in das deutsche Parlament „aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht" die Verwirrung vermehrt werde. Ohne daß man bis jetzt eine einzige positive Errungenschaft in der Hand habe, werden die alten Aufgaben nur mit neuen, immer verwickelteren durchsetzt, und wie der Knäuel sich zuletzt entwirren soll, das sei kaum mehr abzusehen.

Die „Wiener Abendpost" schreibt, daß der Eindruck desselben trotz der populären Sympathien, die dem deutschen Parlamente entgegengebracht werden, kein sehr günstiger ist. „Die prononcirte Stellung, welche das preußische Cabinet in den innern Verfassungsfragen eingenommen, konnte nicht verfehlen, weitgehende Zweifel an der Aufrichtigkeit des Vorschlages, der von ihm ausgegangen, wachzurufen und selbst Blätter, welche einer principiellen Abneigung gegen die preußische Politik nicht beschuldigt werden können, haben mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken angedeutet, daß es Preußen im Wesentlichen auf einen diplomatischen Schachzug in der schwebenden Frage ankomme, daß es specifisch preußische, keineswegs nationale und noch viel weniger liberale Gesichtspuncte seien, von welchen aus das Berliner Cabinet seinen Bundesantrag zu stellen gedächte. Daneben wird besonders lebhaft betont, daß jede Vermengung der eigentlich brennenden Tagesfrage, der schleswig-holsteinischen, mit anderen Fragen die Lösung im nationalen Sinne erschwere, während diese Lösung selbst eben keinen Aufschub dulde. Ohne Zweifel werden diese Bedenken noch weit schärfer gefaßt werden, wenn die Grundlagen des preußischen Projectes eine greifbarere Gestalt werden angenommen haben. Das wenigstens, was jetzt bereits über diese Grundlagen verlautet, scheint uns ganz dazu angethan, den Widerspruch nicht blos Oesterreichs herauszuforedrn." Wie es nämlich heißt, ist die preußische Reform ein Mittelding zwischen der Trias- und der Mainlinien-Politik. Von der letzteren soll sie die in zwei Theile gesonderte Organisation der Wehrkraft Deutschlands, von der ersteren aber die baierische Führung der süddeutschen Militärmacht entlehnt haben. Für Oesterreich also würde in dieser Combination kein Raum sein und wir glauben, auch für das außerpreußische Deutschland nicht.

Die heutige „Wiener Abendpost" schreibt: Das Schwergewicht des preußischen Antrags beim Bunde scheint nach den Andeutungen, die wir in den deutschen Blättern lesen, darin zu liegen, daß Preußen eine Militärreform anstrebt, die dem im Circular vom 24. März an die Bundesstaaten gestellten Ansinnen Genüge leistet. Natürlich müßte dem entsprechend die Erweiterung, welche die Machtstellung Preußens in Deutschland (von preußischer Seite wird behauptet für Deutschland) sachlich erfahren würde, auch ihr äußeres politisches Gepräge erhalten. „Die Verschmelzung der Main-Linie mit der Triasidee", von der gesprochen wird, soll wohl den Zweck haben, der Macht, welche der Verallgemeinerung und unmittelbaren Geltendmachung der preußischen Tendenzen bisher das Gegengewicht gehalten, eine andere weniger intensive zu substituiren, also in negativer Beziehung das zu leisten, was man durch die Militärreform in positiver anstrebt. Das wenigstens sind die Bedenken, welche wir schon jetzt in deutschen Blättern ausgesprochen finden und die wir vorläufig zur Beurtheilung der Stimmung, auf welche das Project gestoßen ist, registriren.

„Daily News" betrachtet Bismarcks Parlamentsvorschlag als eine Friedensbürgschaft. „Times" hofft auf Erhaltung des Friedens, obgleich die österreichische Forderung, Preußen möge entwaffnen, eine drohende sei.

Ueber den dem Wiener Cabinet schon einige Tage vorher bekannten Bismarck'schen Antrag zur Bundesreform findet, wie wir der „N. fr. Pr." entnehmen, in diesem Augenblick ein lebhafter Ideen-Austausch zwischen Wien, den mittelstaatlichen und der Mehrzahl der kleinstaatlichen Regierungen statt. Abgesehen von denjenigen norddeutschen Regierungen, welche, obgleich vergleichsweise noch die besten Freunde Preußens, das Delegirten-Project schon als radical betrachteten, also mit leicht begreiflichen Gefühlen dem Bismarck'schen Vorschlag gegenüberstehen, geht die Ansicht der meisten Regierungen, welche, wie vor Allem Oesterreich und Baiern, an und für sich die große Dringlichkeit der Bundes-Reform anerkennen, dahin, daß der Bismarck'sche Vorschlag dasjenige an die Spitze stelle, was naturgemäß das Ergebniß der Reform sein müsse, nämlich die Berufung einer Volks-Vertretung am Bunde, daß vorab zwischen den Regierungen die Principien und die Grundlagen der Reform, sowohl was die Executive als die Legislative anbelangt, zu vereinbaren sein werden, ehe zur Berufung einer Versammlung geschritten werden könne, welche mit den Regierungen das Vereinbarte endgiltig festzustellen haben würde. Bis jetzt aber hat — die erwähnten Besprechungen dauern übrigens noch fort — sich noch keine einzige Regierung für die Berufung einer Constituante ausgesprochen; vielmehr ist die Ueberzeugung eine vorwiegende, daß Bismarck eine solche vorschlage, entweder um einen Versuch zu machen, doch noch an der Demokratie eine Stütze zu gewinnen, oder um auch nur der etwaigen Anrufung des Art. 11 der Bundesacte, sei es durch Oesterreich, sei es unmittelbar durch die Bundes-Versammlung, vorzubeugen. Hat er es auf eine Diversion in letzterem Sinne abgesehen, so ist dieser Plan bereits vereitelt. Denn erhält Graf Karolyi nicht die klare und bündige Zusicherung sofortiger Demobilisirung, so kann es leicht geschehen, daß in der nächsten Bundestagssitzung die Berathung über den Bismarck'schen Antrag zusammentrifft mit einer Beschlußfassung auf Grund des Art. 11. In diesem Falle würde für die sofortige Beschlußfassung die Majorität gesichert sein, während am Montag der dahin zielende preußische Antrag alle Stimmen gegen sich hatte.

Die „Kreuz-Zeitung" ist überzeugt, daß Preußen der Entwaffnungsforderung Oesterreichs nicht nachkommen werde. Der betr. Artikel lautet: Wir hielten es gestern noch für unmöglich, daß von Seiten des Wiener Cabinets wirklich verlangt werden würde, Preußen solle seine Rüstungen einstellen und dies im „Staatsanzeiger" erklären. Und doch ist dies bereits geschehen! Der österreichische Gesandte hat hier gestern eine Note überreicht, in welcher Oesterreich die Einstellung der preußischen Rüstungen fordert, und zwar soll dies in einem überaus scharfen Tone geschehen sein. Wir bedauern diesen Schritt auf's Lebhafteste; denn er zeigt uns, daß Oesterreich von einer versöhnlichen Lösung beinahe absieht. Wie steht die Sache doch? — Oesterreich hat „ohne Veranlassung" schon vor der Mitte des März mit Vorbereitungen auf einen Krieg begonnen und zwar „möglichst heimlich". Preußen hat dann in den allerletzten Tagen des Monats ganz öffentlich einige Gegenmaßregeln angeordnet, damit doch das Land nicht einem Angriff widerstandslos ausgesetzt wäre. Darauf erklärte das Wiener Cabinet, es denke nicht an einen Angriffskrieg gegen Preußen; das Berliner Cabinet erklärte ganz dasselbe in Bezug auf Oesterreich. Und jetzt fordert nun Oesterreich, daß Preußen sofort seine militärischen Maßregeln zurücknehme, während es selbst nach wie vor sagt, seine Maßnahmen — die Zusammenziehung von Truppen in Böhmen ꝛc. — wären keine Rüstungen, und sie nicht zurücknimmt. In der Weise kann man doch nur auftreten, wenn man den Bruch will. (!) Denn so unzweifelhaft es ist, daß Preußen durchaus nicht gerüstet hätte und nicht weiter rüsten würde, wenn nicht so viele Truppen in Böhmen an unserer und der sächsischen Gränze ständen, — eben so sehr sind wir überzeugt davon, daß die preußische Regierung der gestern gestellten Forderung nicht nachkommen wird. Was aber wird Oesterreich dann thun? — Will es die Verantwortung übernehmen für eine Mobilisirung des Bundescorps und für deren Folgen? So mag es dieselbe auch tragen.

Die Note, mit welcher Graf Bismarck durch den Freiherrn v. Werther die Karolyi'sche Note vom 31. März beantwortet hat, ist auch den Cabineten von Petersburg, Paris und London mitgetheilt worden.

Die „Agence Bullier" bringt in einer Correspondenz aus Berlin die Meldung, das preußische Cabinet werde demnächst eine Depesche nach Wien senden, welche Vorschläge bezüglich der Einführung eines definitiven Zustandes in den Herzogthümern enthalten solle. Gleichzeitig würde die preußische Regierung die nöthigen militärischen Maßregeln treffen, um sofort zur Durchführung des Projectes zu schreiten, falls es in Wien angenommen würde, und die Feindseligkeiten gegen Oesterreich zu eröffnen, wenn das Project abgelehnt werden sollte.

Ein Telegramm der „Independance" aus Weimar erklärt die Angriffe der Berliner officiösen Blätter gegen den Herzog von Coburg mit der Thatsache, daß der Herzog dem König von Preußen auf directem Wege für den Frieden sich aussprechende Briefe des Grafen Mensdorff mitgetheilt habe.

Die „Zeidl. Corr." erfährt, daß Sachsen mit Einziehung der Reserven fortfährt.

In der preußischen Circulardepesche vom 24. März war bekanntlich darauf hingewiesen worden, daß das preußische Cabinet am 26. Jänner aus Anlaß der Altonaer Massenversammlung eine Depesche nach Wien gerichtet habe, auf welche die österreichische Regierung unterm 7. Februar eine Antwort gab, die aber dem Berliner Cabinet so wenig zusagte, daß es die Correspondenz nicht mehr weiter fortsetzte. Die fraglichen beiden Depeschen, die man bisher nur aus kurzen Analysen kannte, sind, wie erwähnt, von der „N. Fr. Ztg." ihrem vollen Inhalte nach veröffentlicht worden. Wir lassen nachstehend den wesentlichen Inhalt der beiden Actenstücke folgen:

Die preußische Depesche vom 26. Jänner sagt, die Altonaer Massenversammlung bilde nicht mehr blos ein einzelnes Glied in der Kette scheinbar unbedeutender Vorkommnisse, über welche Preußen sich seit langem zu beschweren gehabt, sondern bezeichne eine entscheidende Wendung, bei welcher sich herausstellen müsse, welchen Charakter das Wiener Cabinet seinen Beziehungen zu Preußen geben will. Diese Versammlung sei eine Erscheinung, auf deren Zulassung in Holstein Preußen selbst nach den bisherigen Vorgängen nicht gefaßt sein konnte. Es erscheine fast unbegreiflich, daß es zu diesem Puncte habe kommen können, wenn man auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicke. Graf Bismarck habe damals annehmen dürfen, daß Se. Majestät der Kaiser und dessen Minister eben so klar, wie Preußen über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution denken. Das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein trage einen anderen Charakter. Dasselbe müsse geradezu als ein aggressives bezeichnet werden. Man dulde in Holstein demokratische Versammlungen und gestatte directe Agitationen gegen Preußen. Schon früher habe Graf Bismarck darauf hingewiesen, daß wenn man in Wien dieser Umwandlung des durch seinen conservativen Sinn ausgezeichneten schleswig-holsteinischen Volksstammes in einen Herd der revolutionären Bestrebungen ruhig glaubt zusehen zu können, Preußen seinerseits es nicht dürfe und nicht zu thun entschlossen sei. Durch den Gasteiner Vertrag sei jedes der beiden Herzogthümer gleichsam als ein anvertrautes Pfand der Loyalität des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; Preußen habe das Recht zu fordern, daß bis zu dem Eintritt einer weiteren Verständigung das Object selbst im status quo erhalten werde. Eine Deteriorirung desselben, wie sie durch diese Agitation bewirkt wird, könne und wolle Preußen sich nicht gefallen lassen. Den König müsse es schmerzlich berühren, revolutionäre und jedem Throne feindliche Tendenzen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen. Solche Eindrücke müssen das von Sr. Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte erschüttern und schwächen. Die preußische Regierung bitte das Wiener Cabinet, den Schädigungen, welche das monarchische Princip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen; sie halte es für ein Leichtes, den Schmähungen in Presse und Vereinen gegen Preußen ein Ende zu setzen und die Einwirkung des sogenannten Kieler Hofes auf das Land unmöglich zu machen. Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf diese Bitte würde dem preußischen Cabinete die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit Preußen zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogthümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger sei als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen. Preußen müsse, wenn die von ihm aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen

lasse, für seine ganze Politik Freiheit gewinnen. Der Augenblick sei zu ernst, die Verhältnisse seien zu sehr auf die Spitze getrieben, als daß eine weniger offene Sprache an der Zeit wäre.

Die österreichische Antwort-Depesche vom 7. Februar constatirt zunächst, daß Oesterreich, der provisorischen Eigenschaft der Gasteiner Uebereinkunft eingedenk, sicher nicht vergessen werde, daß zu Gastein weder ein Successionsstreit entschieden, noch der österreichischen Monarchie eine Provinz einverleibt, noch ihm das Recht eingeräumt wurde, über die politische Zukunft des Herzogthums Holstein einseitig und ohne Zustimmung Preußens zu verfügen. Ein solches Recht stehe Oesterreich ebenso wenig zu, wie Preußen ein Recht zu einseitiger Verfügung über das Herzogthum Schleswig erworben habe. Nicht die Substanz, sondern nur den einstweiligen Besitz der Errungenschaften des Wiener Friedensvertrages haben die beiden Mächte unter sich getheilt; die definitive Lösung der Souveränetätsfrage haben sie einem künftigen Einverständniß vorbehalten. Kaiser Franz Joseph habe niemals verkannt, daß die freie Vereinbarung zwischen den Höfen von Wien und Berlin über die neuen politischen Gestaltungen in den Herzogthümern dem Staatsinteresse Preußens eine gerechte Befriedigung gewähren müsse. Aus unverwerflichen Beweisen leuchtet der Wunsch Sr. Majestät hervor, durch jedes mögliche Zugeständniß die endliche Lösung zu erleichtern. Wenn das Ziel bis jetzt unerreicht geblieben ist, so falle die Verantwortlichkeit nicht auf Oesterreich, das noch immer der preußischen Regierung dafür einstehe, daß es nichts zulassen werde, was der Verständigung zwischen den beiden Mächten präjudiciren würde. In der einstweiligen Verwaltung Holsteins sei jedoch die österreichische Regierung keiner Controle unterworfen. Sie sei nicht die alleinige Eigenthümerin der holstein'schen Souveränetätsrechte, aber die Ausübung derselben sei ihrem eigenen freien Ermessen überlassen. Wie überall, so vertrete sie auch im Norden Deutschlands hohe conservative Interessen. Das Berliner Cabinet habe seine Depesche wohl kaum in der Erwartung abfassen können, daß Oesterreich von der ihm so bestimmt und deutlich vorgezeichneten Linie des Verhaltens abweichen würde. Wenn die Klage gegen Oesterreich dahin lautet, daß durch seine Lauheit und Passivität das monarchische Princip in Holstein geschädigt, der conservative Sinn des schleswig-holstein'schen Volksstammes umgewandelt und das Object der künftigen Verständigung deteriorirt werde, so werde das Gewissen des gesammten Europa mit dem österreichischen Cabinete diese Anklage verwerfen, denn das gesammte Europa wisse, daß die Bestrebungen, die heute in Holstein vorherrschen, dieselben sind, die zur Zeit der Gasteiner Convention und längst vor dieser Epoche bestanden, und aus welchen der Widerstand der Herzogthümer gegen Dänemark seine Kraft schöpfte. „Der Kaiser, unser allergnädigster Herr", heißt es dann in der Depesche des Grafen Mensdorff weiter, „beklagt diese ganze Polemik. Schwer wird Se. Majestät Sich entschließen zu glauben, daß König Wilhelm den Maßstab für den Werth, welchen der Kaiser auf Seine Beziehungen zu Preußen legt, von Oesterreichs Einwilligung oder Nichteinwilligung in den Wunsch der Annexion der Herzogthümer an Preußen werde entnehmen wollen. Ein so einseitiger Anspruch steht den Gedanken des Königs sicher ferne. Dennoch spricht die königliche Regierung zu uns, als ob unsere so natürliche Weigerung, diese Annexion sich vollziehen zu lassen, nicht anders als durch eine Rückkehr zu einer Politik verderblicher Eifersucht und Rivalität erklärt werden könne. Ja, sie spricht, als ob sie von Oesterreich im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Revolution, verlassen und dadurch an der Ausführung ihres Willens gehindert sei, auf die Dauer mit uns gemeinsame Wege zu gehen. Möge die königliche Regierung einen unbefangenen Blick auf die jüngste Vergangenheit werfen! Betrachtet sie Deutschlands Zustände, so tritt ihr die Thatsache entgegen, daß wir, weit entfernt, eine Coalition gegen Preußen bilden zu wollen, unsere Verhältnisse zu den Mittelstaaten der Allianz mit Preußen entschieden nachgesetzt, ja so ernstlich benachtheiligt haben, wie dies die durch die Anerkennung des Königreiches Italien geübte Vergeltung bekundet. — Wirft sie die Augen auf die Verhältnisse zwischen den europäischen Cabineten, so wird sie bekennen müssen, daß wir überall niemals durch auswärtigen Druck auf Preußen zu wirken gesucht haben, und selbst die in Berlin so viel geschmähte Wirksamkeit unseres Botschafters in Paris hat stets nur den Zweck gehabt, Frankreich in seiner Politik der Enthaltung in der schleswig-holstein'schen Frage zu bestärken. — Eine Enttäuschung hat somit die Handlungsweise des Kaisers, welche sich unveränderlich nach den obersten Interessen des Friedens und der Ordnung in Oesterreich wie in Deutschland und in Europa regelt, dem Könige von Preußen nicht bereiten können, und mit fester Ueberzeugung lehne ich vom. kais. Hofe den Vorwurf ab, daß in seinen Gesinnungen und Handlungen der Grund liege, wenn die von Preußen nach den Schlußworten des Herrn Grafen v. Bismarck aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammt-Politik beider Mächte sich nicht verwirklichen ließe. Es ist diese Verwahrung der einzige Zweck meiner Bemerkungen und ich würde gegen den hohen Sinn des Kaisers verstoßen, wenn ich mich nach so manchen Wahrnehmungen von gestern und heute verleiten ließe, das Verhalten des Berliner Hofes in Contrast mit dem unsrigen zu setzen.

Die „N. A. Z." theilt die in der „N. Frankf. Z." veröffentlichten diplomatischen Actenstücke zum preußisch-österreichischen Conflict mit, und kann nicht umhin auch bei dieser Gelegenheit einige Seitenhiebe gegen die österreichische Regierung zu führen, weil die Veröffentlichung in einem Blatte stattgefunden hat, welches in Preußen verboten ist.

Ueber den Zweck der Reise des Grafen Arese nach Paris schreibt man der „Triester Ztg." aus Florenz, es handle sich dabei zunächst darum, den Kaiser Napoleon zu bestimmen, daß er die Notirung des projectirten neuen italienischen Anlehens an der Pariser Börse gestatte. Diese Notirung sei nämlich eine Bedingung, welche das Haus Rothschild als unumgänglich für den Abschluß der Anleihe aufgestellt hat. Die Schritte, welche der italienische Gesandte, Herr Nigra, diesfalls gethan hat, sind erfolglos geblieben, und Graf Arese soll nun versuchen, ob er bei seinem kaiserlichen Freunde glücklicher ist. Ein Zweites, was Graf Arese in den Tuilerien erwirken soll, ist eine Umstimmung des Kaisers bezüglich des Projectes einer preußisch-italienischen Allianz. Bekanntlich ließ der Kaiser durch den Prinzen Napoleon in Florenz den Rath ertheilen, man möge sich mit Herrn von Bismarck nicht zu tief einlassen; Frankreich selbst werde bei einem Conflict zwischen Oesterreich und Preußen neutral bleiben, im Falle einer Allianz Preußens mit Italien aber möglicherweise in die Lage kommen, eine Politik zu verfolgen, welche die Interessen Italiens gefährden könnte. Graf Arese hat nun den Auftrag, den Kaiser Napoleon zu einer anderen Ansicht umzustimmen oder wenigstens dessen Absichten für gewisse Eventualitäten genau zu erforschen.

Aus Paris verlautet bezüglich der Donaufürstenthümer-Conferenz, daß von dort aus nächstens der letzte Beschluß der qua Vertagung, so wie der noch vorher gefaßten Entscheidungen in einem Circulare der Vertreter veröffentlicht werden wird.

In Bukarest gewinnt, wie ein Telegramm des „N. Frdbl." meldet, die extreme Partei mehr und mehr die Oberhand, der Ausbruch einer revolutionären Bewegung ist wahrscheinlich. Für den Demokraten Bratiano ist große Aussicht vorhanden, entweder Fürst oder Präsident einer rumänischen Republik zu werden.

Cardinal Antonelli hat an sämmtliche Nuntien ein Rundschreiben erlassen, welches dieselben den Höfen mitzutheilen haben, damit sämmtliche Regierungen über die Affaire Meyendorff aufgeklärt werden. Der h. Stuhl glaubt die gegründetsten Beschwerden über die katholischen Machinationen Rußlands zu haben, als deren Ausfluß auch das Benehmen des Herrn v. Meyendorff gegen die Person des Papstes selbst betrachtet wird. Eine Hinwegsetzung über die gewöhnlichen diplomatischen Rücksichten liegt auch darin, daß über die Abberufung Meyendorffs durchaus keine Mittheilung an die päpstliche Regierung gemacht wurde.

Im Madrider Cabinet soll Zwiespalt herrschen. Es heißt, der Finanzminister habe erklärt, es sei ihm unmöglich, das nöthige Geld zu den Rüstungen gegen Chile aufzutreiben; es wird deshalb sein Rücktritt erwartet.

General Quesada ist incognito von Madrid abgereist, um den Befehl über das Geschwader im stillen Ocean zu übernehmen.

Die portugiesische Pairskammer hat den Postvertrag mit Frankreich angenommen.

In Mexico ist über den mörderischen Anfall der belgischen Gesandtschaft eine Untersuchung eingeleitet worden, aus welcher hervorgehen soll, daß die Mörder, denen man auf der Spur ist, Werkzeuge eines bis in den Schooß der Hauptstadt verzweigten Complottes gewesen seien. Der bei jenem Ueberfalle zu Tode gekommene belgische Officier, Baron d'Huart, war der Mission speciell Seitens des Königs beigegeben worden, um mit der Kaiserin Charlotte die Erbschafts-Angelegenheiten ihres verstorbenen Vaters zu ordnen.

Ueber die Sendung des Barons Saillard wird der „N. P. Z." aus Paris folgendes Nähere geschrieben: Er war nicht beauftragt, bestimmte Räumungsfristen in Mexico vorzuschlagen, wohl aber, dem Kaiser Maximilian die Nothwendigkeit von einer Abänderung des Vertrages von Miramare begreiflich zu machen. Der Kaiser Maximilian fügte sich im Allgemeinen in das Unvermeidliche. Hierauf fanden Unterhandlungen zwischen der mexicanischen Regierung, dem Marschall Bazaine und dem französischen Gesandten statt, Unterhandlungen, deren Ergebniß dem Tuilerieen-Cabinet durch Hrn. v. Saillard jetzt überbracht worden ist, und welche dem Kaiser Napoleon zum Anhaltspuncte für die Feststellung der nun bereits bekannten Räumungsfristen dienten. Daher hieß es auch in der „Moniteur"-Note nicht: „Die beiden Regierungen sind übereingekommen", sondern: „Der Kaiser hat bestimmt, daß . . ." In Mexico kennt man zur Stunde diese Fristen noch nicht. Sie werden wahrscheinlich der Gegenstand eines neuen Vertrages werden, der dann auch die finanziellen Abrechnungen in sich einschließen soll. Mit Unrecht wird behauptet, Hr. v. Saillard sei von Mexico nach Washington gereist, um den dortigen Gesandten Frankreichs Hrn. v. Montholon von dem Ergebnisse seiner Sendung in Kenntniß zu setzen. Er hatte sich lediglich nach New-York bringen lassen, um dort ein englisches Schiff zur Ueberfahrt nach Europa zu benutzen.

Der Ausbruch neuer Unruhen in Maskate scheint sich zu bestätigen. Die Insel Zanzibar, welche von dem Iman von Maskate abhängig ist, war jedoch von allen Ruhestörungen unberührt geblieben. Diese Insel, an der Ostküste gelegen, wird von einem Bruder des ermordeten Iman regiert.

Nach der „Patrie" haben die Engländer die Expedition gegen Abyssinien aufgegeben. Die Truppen welche in Aden zusammengezogen werden, sollen jetzt nur gegen Maskate operiren.

Landtagsangelegenheiten.

Ueber die der Deputation des galizischen Landtags gegebene Antwort Sr. Majestät in der Audienz am 9. d. äußert sich „Gaz. nar." u. A.: „Die kaiserliche Antwort gibt Galizien die Kanzlerschaft sogleich, verschiebt aber auch nicht die Erledigung dieser Angelegenheit bis zur Zeit, wo der Ausgleich mit Ungarn zu Stande kommt. Der Kaiser erklärt nicht blos, daß er die Bitte des Landtags in Erwägung ziehen werde, Se. Majestät fügt zugleich hinzu, daß er diese Angelegenheit mit den organisatorischen Principien der ganzen Monarchie in Einklang bringen werde. Und daß diese Erwägung und Vereinigung der Kanzlerschafts-Angelegenheit mit den organisatorischen Principien der ganzen Monarchie für die Bitte des Landtags günstig ausfallen wird, bürgen die weiteren Worte des Kaisers, welche die Zufriedenheit der Krone mit der loyalen und patriotischen Haltung des galizischen Landtags ausdrücken und diesen der kaiserlichen Huld versichern. Nach dieser kaiserlichen Antwort ist die Kanzlerschafts-Angelegenheit für Galizien nicht nur der Wunsch der Bevölkerung und des Landtages, sie ist schon zu einer Reichsangelegenheit geworden, mit der sich auch die Krone mit ihren Räthen befaßt, indem sie die Bitte des Landtags für loyal und patriotisch erklärt hat." Der „Przegląd" ist nicht der Ansicht, daß die Frage schon jetzt im Sinne des Landtages meritorisch entschieden sei. Er schreibt hierüber: „Diese Antwort, welche die Erledigung der betr. Angelegenheit bis zur endgiltigen Organisirung des Reiches verschiebt, war mehr oder minder vorauszusehen. Wir meinen jedoch, daß unser Landtag sehr vernünftig gehandelt, diese Bitte dem Monarchen schon jetzt vorzulegen; andererseits glauben wir, daß die Krone uns diese billige Bitte nicht versagen wird, welche weder mit den Interessen und der Reichseinheit noch mit irgendwelchen berechtigten Forderungen anderer Provinzen im Widerspruch steht."

Der „Czas" hebt in seinem Bericht über den Aufenthalt der Lemberger Landtagsdeputation in Wien hervor, daß, so viel er weiß, dieselbe auch auf eine den Landesbewohnern so warm am Herzen liegende Angelegenheit, die Verallgemeinerung der Amnestie, Ausdehnung derselben auf alle Personen und Aufhebung aller Folgen der publicirten Urtheile, nicht vergessen habe. Das in dieser Hinsicht vom Landtage bewahrte Schweigen, schreibt der „Czas", schien Se. Excell. der Herr Staatsminister Graf Belcredi (bei welchem sie Tags darauf am 10. d. Vormittags 11 Uhr gewesen), zu würdigen, Se. Exc. versicherte, das Land dürfe auf die Huld Sr. Majestät des Kaisers zählen, dessen ausschließliches Privilegium bekanntlich das Recht der Begnadigung ist.

Die böhmische Wahlreform-Adresse ist am 9. d. nach Wien abgegangen und wird durch das Staatsministerium Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet werden.

Briefe der „Ostd. Post" aus Pest versichern auf das Bestimmteste, daß in diesen Tagen in Landtagskreisen eine große Manifestation der beiden Häuser des ungarischen Landtages zu Gunsten der Sache Oesterreichs in dem obschwebenden Conflicte mit Preußen in Vorbereitung genommen war und daß dieselbe nur unterbleibt, weil von Wien aus der Wunsch ausgesprochen wurde, durch eine solche Demonstration nicht vielleicht noch Oel in's Feuer zu gießen oder doch den preußischen Regierungsorganen neue Anhaltspuncte zu weiteren Verdächtigungen zu geben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. April.

Se. k. Hoheit Erzherzog Carl Ludwig und Gemalin werden morgen aus Graz hier erwartet.

Der Herzog von Modena hat sich zum Besuch des Kaisers Ferdinand nach Prag begeben.

Der Hochw. Erzbischof Graf Ledóchowski ist gestern aus Rom hier angekommen und wurde heute von Sr. Em. dem Cardinal-Erzbischof Othmar Ritter v. Rauscher empfangen.

Der Titular-Bischof Anton Korizmics, Hofrath der königl. ungarischen Hofkanzlei, ist vorgestern nach längerem Leiden hier gestorben.

Herr Professor Biedermann aus Leipzig, Redacteur der „D. A. Z.", ist in Wien eingetroffen.

Das Kriegsministerium berichtigt in der „Ostd.-Post." die Mittheilung, „daß auf die von einzelnen Industriellen dem k. k. Kriegsministerium gemachten Anerbietungen auf Lieferungen die Mittheilung an die Offerenten von Tag zu Tag hinausgeschoben wird und daß neuestens nach einer langen Conseilssitzung, die im Kriegsministerium stattgefunden hat, den Offerenten abermals die Antwort zu Theil geworden sei, „es sei noch kein Beschluß gefaßt", als aller und jeder Begründung entbehrend, und erklärt: „Es haben im k. k. Kriegsministerium weder die angedeuteten Conseilssitzungen stattgefunden, noch ist irgend ein Anerbieten der vorerwähnten Art vorgelegen, welchem nicht eine allsogleiche und endgiltige Erledigung zu Theil geworden wäre." Wie ein Wiener Correspondent der „Prag. Ztg." aus guter Quelle erfährt, ist auf eingelangte Offerte verschiedener Industriellen, welche für den Fall des Krieges Lieferungen übernehmen wollten, erwidert worden, daß die Regierung keinerlei außerordentlicher Lieferungen bedürfe.

Am Schlusse der vorgestrigen Sitzung der Zoll-Commission erklärte der Handelsminister v. Wüllerstorff, daß die Vollendung der Bahnen angestrebt und auf eine Herabsetzung der Frachtgebühren nachdrücklichst eingewirkt werden soll. Befürchtungen, die von den Industriellen im Falle eines Krieges bezüglich der Valuta ausgesprochen wurden, suchte der Minister dadurch zu zerstreuen, daß er betonte, „der Staat werde seinen Verpflichtungen gegen die Bank auch im Falle eines Krieges nachkommen."

Die k. k. Central-Commission zur Erhaltung der Baudenkmale hat kürzlich in zwei Angelegenheitrn eine interessante Correspondenz mit dem k. k. Kriegsministerium geführt. — Einmal wendete sich dieselbe an die oberste Militärbehörde anläßlich der angeblich bevorstehenden Demolirung der Festung Czettin (croatische Militärgränze) und stellte das Ersuchen, daß, wenn die Erhaltung dieses höchst interessanten Denkmales durchaus nicht statthaft erscheine, doch wenigstens die Aufnahme desselben in Plänen und in umständlicher Beschreibung zugelassen und zwar, wenn thunlich, durch die unterstehenden militärischen Kräfte vorgenommen werden möge. Hierauf eröffnete das Kriegsministerium, daß von der bereits allerhöchst genehmigten Demolirung der Festung Czettin nicht abgegangen werden könne, daß dagegen die Aufnahme dieser Festung keinem Anstande unterliege, aber zu letzterem Zwecke militärische Kräfte nicht zur Disposition gestellt werden könnten. — Im anderen Falle handelte es sich um die Fälle, wie dem leider rasch fortschreitenden Verfalle des berühmten Amphitheaters zu Pola vorgebeugt werden könnte und da der Mangel an Aufsicht und die großen Feuer, welche bei dem Besuche hoher Personen zur Erzielung großartiger Beleuchtungseffecte von Seite der k. k. Militärbehörden im Innern des Theaters veranstaltet werden, als Hauptursachen jenes Verfalles bezeichnet worden sind, so wurde dieses Denkmal der Aufmersamkeit des k. k. Kriegsministeriums mit dem Vorschlage empfohlen, die Arena, in deren Nähe ohnehin bedeutende Militäretablissements sich befinden, durch Aufstellung eines militärischen Wachpostens vor profanen Verunglimpfungen zu schützen und künftighin anstatt der bisher üblichen, dem Baubestande des Amphitheaters so sehr nachtheiligen Holzfeuerung blos bengalische Beleuchtung anzuwenden. Hierüber erfolgte von Seiten des k. k. Kriegsministeriums die Auskunft und zwar hinsichtlich des aufzustellenden militärischen Wachpostens, daß ein solcher Posten nicht hinreichen würde und die beabsichtigte Bewachung des Theaters daher bei dem geringen Präsenzstande der Truppe nicht bestritten werden könnte; dann hinsichtlich der empfohlenen bengalischen Beleuchtung, daß eine solche bei den beschränkten Mitteln der Militär-Dotation auf das Militärärar nicht übernommen werden könnte. Se. Exc. der Herr Präsident eröffnete der Versammlung, er habe auf das in der Note der obersten Militärbehörde weiter enthaltene Anerbieten, zum Zwecke der erwähnten Bewachung auf Kosten der Central-Commission Militärurlauber einzuberufen und als Wachposten aufzustellen bereits erwidert, daß dieser Centralcommission leider keine Mittel zur Verfügung stehen und hiermit die Bitte verbunden, es in Hinkunft zum mindesten von der Anlegung großer Feuerbrände im Innern des Amphitheaters ein für alle Mal ganz abkommen lassen zu wollen, indem, wenn schon für die Erhaltung so überaus denkwürdiger Gebäudereste von keiner Seite etwas geleistet werden könne, es doch unter allen Umständen unverantwortlich wäre, um bloßer vorübergehender Festlichkeiten und Freudenbezeugungen willen den allmäligen Ruin dieses großartigen Baudenkmales fördern zu helfen.

Der in Prag kürzlich verhaftete, aber sofort wieder entlassene königlich preußische Oberstlieutenant Graf Waldersee führte, wie man der „N. Fr. Pr." aus Prag schreibt, nicht weniger als drei Legitimations-Urkunden bei sich, von denen keine seinen wahren Namen und Stand angab. Schon dieser Umstand mußte ein polizeiliches Einschreiten gegen ihn zur Folge haben. Was wäre geschehen, wenn man unter ähnlichen Umständen einen österreichischen Officier etwa in Magdeburg angetroffen hätte?

Der „Wanderer" meldet, daß vor einigen Tagen in der Festung Josephstadt ein Werkelmann verhaftet wurde, der sich durch sein unwerkelmännisches Benehmen auffallend gemacht hatte. In der That entpuppte sich derselbe als ein preußischer Major. Was wohl die „N. A. Z." jetzt sagen wird?

Bezüglich der Reorganisation der Gendarmerie in Ungarn theilt „Sürgöny" einen Erlaß der ungarischen Statthalterei mit, laut welchem in Ungarn fünf Gendarmerie-Commanden errichtet werden, und zwar mit folgenden fünf Hauptstationen: Pest, Kaschau, Großwardein, Preßburg und Temeswar. Diese neue Einrichtung hat mit 1. Mai ins Leben zu treten.

Capitän Moreno der österreichischen Barke „Eva" hat am 28. Februar d. J. im Canal von Bristol bei stürmischer See drei englische Seeleute vom Untergange gerettet. Die königliche Rettungsbootgesellschaft in London hat ihm dafür eine silberne Medaille verliehen.

Deutschland.

Ueber die auf Preußens Andringen einberufene Bundestagssitzung vom 9. d. bringt das „Dresd. J." folgende telegraphische Meldung: In einer heute auf Antrag Preußens stattgefundenen außerordentlichen Bundestagssitzung wurde von Preußen ein Antrag eingebracht auf Einberufung einer aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrechte hervorgehenden Versammlung von Vertretern der deutschen Nation auf einen zu bestimmenden Tag, behufs Vorlage eines Bundesreformprojects, über welches die Regierungen in der Zwischenzeit sich verständigen werden. Präsidium beantragt, diesen preußischen Antrag zur Kenntniß der Regierungen zu bringen und nächste Woche über dessen geschäftliche Behandlung Beschluß zu fassen. Dieser Antrag wurde angenommen. Preußen verlangte Verweisung an einen besonderen Ausschuß. Die sehr ausführliche preußische Motivirung entwickelt näher die in der preußischen Circulardepesche ausgesprochene Nothwendigkeit von Bundesreform und nimmt Bezug auf die baierische Depesche nach Wien und Berlin, worin das Bedürfniß einer Bundes-Reform betont wird.

Wie der „Wiener Abendpost" aus Frankfurt gemeldet wird, ist der Präsidialantrag bezüglich der geschäftlichen Behandlung des preußischen Bundesreformantrages mit allen gegen eine (die preußische) Stimme, welche auf sofortige Berathung des Antrages gerichtet war, angenommen worden.

Die Erklärung des Sechsunddreißiger-Aus-

schusses ist nicht ohne harte Kämpfe zu Stande gekommen. Die „N. Frankf. Ztg." bemerkt zu denselben: Der Sechsunddreißiger-Ausschuß veröffentlicht eine „Erklärung" über die jetzige politische Lage Deutschlands. — Dieselbe ist unverkennbar gut gemeint, aber wir bezweifeln sehr, ob sie einen bemerkenswerthen Eindruck hervorbringen werde. Es findet sich kein Satz in dieser Erklärung, den man unrichtig oder gar unwahr nennen könnte; aber es ist gerade die brennende Tagesfrage so schüchtern behandelt und so sehr versteckt hinter anderen Dingen, daß diese Meinungsäußerung allen den Anforderungen des deutschen Volkes an den Ausschuß unmöglich entsprechen kann. Die Eroberungsbegierde einer einzelnen Regierung hat ganz Deutschland in Unruhen und Gefahren gestürzt; dieser Annexionsfanatismus und nichts anderes ist es, wodurch ein Bruderkrieg in Aussicht gestellt, der gleich vergrößerungslüsterne Fremde herbeigezogen, und eine Vergewaltigung an dem schleswig-holstein'schen Volke veranlaßt wird. Dagegen gilt es heute mit allen Mitteln anzukämpfen. Je mehr man andere Dinge in die Tagesfrage mengt, desto weniger wird man in der unmittelbar brennenden Angelegenheit erzielen. Es galt, dem mit Friedensbruch Drohenden, über welchen doch wahrscheinlich kein Zweifel bestehen kann zu erkennen zu geben, daß ein Versuch zur Durchführung seiner Pläne sofort alle Parteien in Deutschland vereinigen und in die Reihen seiner Gegner bringen werde. Dieser Anforderung entspricht die Erklärung des Sechsunddreißiger-Ausschusses nur in durchaus ungenügender Weise. Wir befürchten, daß, wenn der Ausschuß die betretene Bahn nicht alsbald verläßt und bei der nächsten Gelegenheit eine weit entschiedenere Haltung annimmt, seine moralische Wirksamkeit (und eine andere besitzt er nicht) ebenso gebrochen sein wird wie die des bereits antiquirten Nationalvereins.

Wie man aus Baden vernimmt, geschehen Schritte, um einen Zusammentritt der Landtagsabgeordneten der südwestlichen Staaten Deutschlands herbeizuführen.

Aus Kiel wird gemeldet, daß am 8. d. früh die Gemalin des Erbprinzen von Augustenburg in der Düsternbrooker Villa von einer Tochter (dem vierten Kinde) entbunden worden ist. Die Stadt, auch Kirchen und Rathhaus, flaggt. Die anderen erbprinzlichen Kinder sind zwei Prinzessinen und der 1863 geborene Prinz Ernst Günther.

Aus Schleswig berichtet der „A. M.": Kürzlich haben die Beamten der schleswigschen Regierung vom Bureauchef abwärts bis zu den Copisten, die einen jährlichen Gehalt von 1100 Mk. beziehen mit einbegriffen, ihre Bestallungen, vom Gouverneur auf Grund königlicher Ermächtigung unterzeichnet, erhalten.

Der Besuch des Generals v. Manteuffel in Kiel war nur von kurzer Dauer. Derselbe traf am 5. Mittags in Kiel ein, bezog die im Schlosse für ihn in Bereitschaft gesetzten Zimmer, dinirte in Gesellschaft des FML. Gablenz, mit welchem er nach Tisch eine Conferenz abhielt und kehrte Abends nach Schleswig zurück.

Se. k. Hoh. der Prinz Alfred von Großbritannien ist auf einige Tage in Koburg angekommen, um den Bau seines Palais zu besichtigen.

Richard Wagner hat das Haus, das er in Vevay bewohnt, auf's Neue auf ein halbes Jahr gemiethet, woraus hervorgeht, daß er an eine baldige Rückkehr nach München vorläufig nicht denkt.

Aus Berlin, 10. d., wird gemeldet: Morgen erfolgt die Ueberreichung der Adresse Seitens des Aeltestencollegiums der Kaufmannschaft an den König, in welcher die Hoffnung und der Wunsch ausgesprochen ist, die Staatsregierung möge baldmöglichst den österreichisch-preußischen Conflict friedlich schlichten.

Die Nachrichten aus Preußen melden übereinstimmend den Fortgang der kriegerischen Maßnahmen. Namentlich aus Glaz und Neisse wird die ungemein eifrige Fortsetzung der Armirung berichtet. In Neisse ist Alles, was geeignet ist, die Festung gegen einen plötzlichen gewaltsamen Angriff zu schützen, geschehen. Der innere und äußere Wallgraben der Stadtbefestigung, seit vielen Jahren trocken gelegt, ist jetzt aus dem Bielecanal vollständig bewässert. Das Betreten der Festungswerke ist Jedem untersagt. In Glaz wurde sogar das Glacis rasirt. Gleiches wird aus Wittenberg und Torgau gemeldet.

Frankreich.

Paris, 10. April. Man versichert, daß Herr Thiers bei Gelegenheit der Discussion über das Handelsmarinegesetz im gesetzgebenden Körper das Wort ergreifen wird. Diese Rede, an welcher der berühmte Staatsmann seit einiger Zeit arbeitet, enthielte der „France" zufolge einen neuen Angriff gegen das Princip der Handelsfreiheit in seiner Anwendung auf die maritimen Interessen des Landes. Herrn Rouher wird die Rolle zufallen, Herrn Thiers zu antworten. — Der Minister des Innern stellt in einem Communiqué an die „France" alle Angaben über Unordnungen und Veruntreuungen im naturgeschichtlichen Museum und in der kaiserlichen Bibliothek, so wie namentlich die Angabe, daß einem Gelehrten die aus einem Manuscripte ausgerissenen weißen Blätter abverlangt worden, in Abrede und fügt hinzu, daß keine Untersuchung in Betreff des Museums angeordnet, so wie daß keine Thatsache in der Bibliothek vorliege, welche die geringste Verificirung nöthig mache. An Stelle des von Bukarest abberufenen Hrn. Tillos wird Hr. d'Avril, Attaché im auswärtigen Amte, einstweilen das französische General-Consulat in der Wallachei verwalten.

Die von Algier kommende Dampffregatte „Eldorado" wird am 19. d. in Antibes eintreffen, um die päpstliche Freiwilligen-Legion unter Commando des Obersten d'Argy nach Civitavecchia zu bringen.

Großbritannien.

Die Reformbewegung hat sich nunmehr aus der Provinz auch nach der Hauptstadt verpflanzt. Nachdem in den letzten Tagen in Liverpool, Edinburgh und Rochdale Reformmeetings stattgefunden haben, wurde am 5. d. ein solches auch in London in der St. Mauritius Hall abgehalten. In Edinburg hielt einer der obersten Richter der Krone, der Lord-Advocat von Schottland eine Rede zu Gunsten der Reformbill; in Rochdale sprach Bright für dieselbe und in Liverpool nahmen drei Mitglieder des Ministeriums, Gladstone, der Herzog von Argyll und Göschen, das Wort, um die Regierungsvorlage zu vertheidigen. Dem Meeting in London präsidirte das Parlamentsmitglied Mr. Potter.

Im Fenierproceß wurde dieser Tage das erste Todesurtheil gefällt. Das Kriegsgericht in Cork hat nämlich den Sergeanten Darrah als Fenier des Verrathes schuldig befunden und zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt. Die Königin hat indeß die Strafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Schweden.

Wie aus Stockholm, 5. April, gemeldet wird, ist der Antrag des Herrn Dahlmann, daß der König nicht ohne Einwilligung des Reichstages regierender Fürst eines fremden Staates werden könne, von allen vier Ständen der kommenden Landesvertretung zur Entscheidung anheimgestellt worden.

Italien.

Aus Florenz, 10. d., wird berichtet, daß zwischen dem Finanzminister und der Finanzcommission in Folge gegenseitiger Zugeständnisse ein Einvernehmen zu Stande gekommen sei. Man glaubt, daß die Beschlüsse der Commission die Einstimmigkeit erlangen werden.

Prinz Napoleon ist am 9. d. in Neapel eingetroffen.

Die Universität zu Neapel ist wegen einer von den Studirenden der Medicin anläßlich eines neuen Reglements gemachten Demonstration geschlossen.

Die „Gazzetta di Torino" berichtet aus Rimini von dort vorgekommenen Conflicten. Bereits seit einigen Tagen hatte man dort einen gewissen Geist der Zwietracht zwischen dem Volke und den Soldaten der Garnison bemerkt, dessen Ursache man nicht recht erfahren hat, der aber vielleicht von einem Streite um Frauenzimmer herrühren mochte. Am Abende des Hieronymus-Tages fand man einen getödteten Corporal. Auf die Nachricht davon wurden die Truppen äußerst gereizt, und am Abend des 4. kam es zu sehr bedenklichen Conflicten. Man focht während einer guten Stunde mit Messern und schoß mit Revolvern, wobei ein Sergeant und ein Corporal den Tod fanden. Nächsten Morgen begann der Kampf auf's Neue, und die Carabinieri machten Gebrauch von ihren Revolvern. Zwei Bürger wurden schwer verwundet. An einer anderen Stelle der Stadt kam es gleichfalls zum Kampfe, und auch dort wurden zwei Leute getödtet. Die Läden der Stadt waren geschlossen. Auf die Nachricht davon waren General Mezzaceva und der königl. Procurator von Forli nach Rimini geeilt.

Amerika.

Ueber die Ermordung des Capitäns D'Huart in der Nähe von Mexico liegen heute nähere Details vor. Die Mitglieder der belgischen Gesandtschaft hatten die Stadt Mexico Morgens 3 Uhr, die gewöhnliche Zeit des Post-Abganges, in einer Diligence verlassen; eine zweite Diligence enthielt die andern Passagiere nach Veracruz, unter diesen den Capitän des amerikanischen Dampfers „Manhattan", auf welchem die belgische Gesandtschaft ihre Rückreise nach Europa machen wollte. Die Postwagen halten regelmäßig gegen 10 Uhr zu Rio-Frio, dem höchsten Puncte zwischen der Hauptstadt und der Küste. Der Weg wird ungefähr 15 englische Meilen vor diesem Orte besonders öde, indem er nur durch Sandwüste und Fichtenwaldung führt. Ungefähr 10 englische Meilen vor Rio-Frio stiegen die Passagiere, welche größtentheils ausgestiegen waren, um es den Maulthieren leichter zu machen, wieder in den Wagen und der Capitän des „Manhattan", welcher sich mit D'Huart bis dahin unterhalten hatte, wurde von diesem eingeladen, mit ihm auf dem Außensitze des ersten Wagens Platz zu nehmen. Der Amerikaner lehnte wegen Schläfrigkeit ab und begab sich an seinen eigenen Platz im zweiten Wagen zurück. Er rettete wahrscheinlich dadurch unbewußter Weise sein Leben; denn kaum 5 Minuten später hörte man rasch aufeinanderfolgende Schüsse und die bestürzten Passagiere des zweiten Wagens sahen, hinausblickend, den ersten Wagen in der Straße angehalten, zwei der darin befindlich Gewesenen hinter den Rädern laden und feuern und drei Individuen mit Büchsen auf den Schultern, schnell den fichtenbewachsenen Hügel hinaneilen. Eilig herbeikommend, fanden sie D'Huart leblos auf dem Wagen liegend, neben ihm seinen Gefährten, Lieutenant Marechal, gefährlich verwundet. Der belgische Gesandte an General Forey, obgleich er bei dem ersten Schuß aus dem Wagen gesprungen und Schuß um Schuß erwidert hatte, war glücklicherweise unverletzt geblieben. Kein weiterer Anfall ist auf die Reisegesellschaft versucht worden, welche ihre Fahrt nach Rio-Frio fortsetzte, und über die Motive des Verbrechens sowie über die Thäter herrscht bis jetzt völliges Dunkel.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 12. April.

α Sonnabend findet im Magistratsgebäude eine außerordentliche Sitzung statt, in welcher die Liste der hiesigen Armen behufs Vertheilung der Interessen aus der bekannten Georg Gaffenko'schen Stiftung formulirt wird. Die Vertheilung der Unterstützungsgelder an die Armen erfolgt zu Anfang des nächsten Monats nach abgehaltenem Gottesdienste in der griechisch-katholischen St. Norbert-Kirche.

* Aus dem Legat des Fürsten Georg Roman Lubomirski, das bekanntlich mit festgesetzter Bestimmung der k. k. Krakauer Gelehrten-Gesellschaft zugefallen, ist durch den Fürsten Adam Lubomirski die erste Jahresrate in der Summe von 2000 fl. ö. W. gemäß jener zur Hälfte für die wissenschaftlichen Sammlungen der Gesellschaft, zur Hälfte zur Prämie für die beste strict wissenschaftliche Arbeit ausgezahlt worden. Mit öffentlichem Ausdruck der gebührenden Dankbarkeit gibt die Gelehrte Gesellschaft bekannt, daß, sobald sie nur nach Empfang der amtlichen Abschrift des Codicils vom 14. März 1863 über die dort vorbehaltenen Bedingungen bezüglich der Zuerkennung der Prämie näher unterrichtet sein wird, die interessirten Personen unverzüglich durch die öffentlichen Blätter davon werden benachrichtigt werden.

* Die auf gestern anberaumte Generalversammlung der Mitglieder der Krakauer Liedertafel ist auf einen späteren demnächst zu publicirenden Tag verschoben worden. Es war wahrscheinlich wegen der erst Tags zuvor erfolgten Ausschreibung nur eine zur Beschlußfassung nicht genügende Zahl von Mitgliedern erschienen.

* Im Saale des Sächsischen Hotels findet morgen, Freitag, das angekündigte Dilettanten-Concert zum Besten der unter Obhut des hiesigen St. Vincenz von Paul-Vereins stehenden Armen, unter Leitung des H. Stan. Mirecki statt. Das aus 10 Nummern bestehende Programm, das die bereits publicirten Affichen bringen, weist auserlesene Piecen von Meistern, wie Bach, Gounod, Meyerbeer, David, Moniuszko, Donizetti, Bellini, Verdi.

* Die während der am Sonntag von Dilettanten gesungenen Messe in der hiesigen Kapuzinerkirche veranstaltete Collecte zu Gunsten verschämter Armen hat die Summe von 69 fl. 13 kr. ö. W. und 5 fl. 10 Gr. polnisch eingetragen.

* In der Sitzung der Balneologischen Commission vom 6. d. zeigte der Secretär Dr. Zieleniewski aus den Gehaltsubstanzen des Krynica'er Mineralwassers erhaltene Pastillen vor, welche der Apotheker Hr. Nitribitt in Krynica der Commission zur wissenschaftlichen Begutachtung übersandt. Hr. Alexandrowicz verlas die Beschreibung der neuerdings von ihm bewerkstelligten Analyse des Heilwassers in Iwonicz, welche mit wissenschaftlicher Genauigkeit nach der neuen Umzäumung der dortigen Heilquellen von 1862 ausgeführt die frühere Bedeutung des Heilwassers bestätigt, ja ihm völlig die Anerkennung revindicirt als vorzüglichsten salz-brom-jodhaltigen Sauerbrunnens. Schließlich machte Prof. Stopczyński auf die Füllmethode aufmerksam, die er in Krynica und Słotwiny zur Einschöpfung des Mineralwassers angewandt zu Behuf einer chemischen Analyse des Slotwiner eisenhaltigen Wassers, das nach fünfmonatlicher Aufbewahrung im chemischen Laboratorium (ein Beweis, daß das Wasser keiner Veränderung unterliegt) nicht den geringsten Satz aufwies.

α Die 6. Nummer der hiesigen „Industrie-Zeitung" (Gazeta przemysłowa) enthält: eine von Professor Dr. Kozubowski mitgetheilte Abhandlung über die Erhaltung und Pflege der aus Japan und China stammenden Seidenraupe Bombyx vel Saturnia Perenyi, mit Illustrationen. (Eine bedeutende Anzahl Eier dieses nützlichen Seidenwurmes, welcher im vorigen Jahre in Krakau zum erstenmal gezüchtet worden, hat Dr. Kozubowski bezogen und ist bereit, Freunden der Wissenschaft einen Theil zu weiteren Untersuchung abzutreten); Ueber den Nutzen des Locomobile (mit Illustration); Alban's Saatmaschine. Aus einer umfassenden, durch Illustration erläuterten Abhandlung über die Art des Verfahrens dieser Maschine erfahren wir, daß die Maschinen-Fabrik des Borosch & Eichmann in Prag sich um die Verbesserung und Verbreitung dieses für Landwirthe wichtigen Geräthes hauptsächlich verdient gemacht hat. Miscellen, darunter: Schule für Bierbrauer; Großer Einfluß des Wassers auf Bildung der Milch; Aufbewahrung der Erdäpfel; Gefahrsichere Laternen (mit Abbildungen — die besten und billigsten in der Blech- und Bleiwaaren-Fabrik des Winiwarter in Wien zu haben); Fragen und Antworten.

* Der „Czas" erhält eine Krakauer W-Correspondenz und in ihr eine mit statistischen Daten versehene Vorstellung einer der äußeren Ursachen der Verarmung Krakau's, nämlich der Menge der Schankwirthschaften, deren Schädlichkeit er dem Zahlenlotteriespiel zur Seite stellt. In Straßen, wo früher ein oder kein Ausschank gewesen, gibt es deren jetzt etliche; in einigen, wie am kleinen Ring, in der Spitalsstraße, am Kleparz ist fast in jedem Hause eine Schänke, Caffeewirthschaft oder Laden mit geistigen Getränken. In der kaum 50.000 Einwohner zählenden Stadt existiren 129 Schänken, die ordinäre Getränke mit magistratlicher Concession verkaufen, 79 solcher Caffeehäuser, wo auch Punsch, Arak rc. geschänkt wird, eine Menge Bierhäuser, 58 Garküchen, die zum Theil geistige Getränke verkaufen, ungeachtet daß fast in jedem Spcereiladen Schnaps, Arak gläserweise verabreicht wird, so wie die ohne Concession bestehenden Schänken, bei Unbeachtung der Vorschriften, daß keinem Schankwirth erlaubt, zwei Schänken zu haben, daß an Sonn- und Feiertagen das Offenhalten nur an festgesetzten Stunden gestattet, indem an manchen Orten Lärm und Völlerei schon von früh an Sonntags ihren Anfang nehmen. Die zahlreichen Schänken stürzen die Bevölkerung in immer größere Armuth und verringern oder schließen ganz, bei dem verhältnißmäßig geringem Einkommen, das sie durch Zahlung für die Concession bieten, eine weit größere Quelle der städtischen Einkünfte.

* Gegenüber der Lemberger Nachricht der „Debatte", daß das Ministerium beschlossen, den 1860 mit Rußland abgeschlossenen Vertrag hinsichts der gegen Rußland verübten strafwürdigen Handlungen, die kraft jenes dem § 66 des Strafcodex verfallen und auf Grund dessen die Urtheile im J. 1863 bekanntlich erfolgt seien, meldet der „Czas", daß seine Quellen nichts von solchem Beschluß des Ministeriums wissen.

* Herr F. Cielecki erklärt in Berichtigung der ohne sein Wissen veröffentlichten (auch von uns wiederholten) Nachricht, daß die von ihm zu Händen H. Heydll's übersandte Summe von 200 fl. ö. W. in die Rubrik der Unterstützung eingereiht worden, daß die Sendung vielmehr zum Ostermahl (święcone) für die ärmeren bäuerlichen Familien von Byczkowce und Skorodynce bestimmt war.

†† Sonntag Nachmittags wollte ein bekannter Taschendieb während der Akrobatenvorstellung auf dem Stradom das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden und zog einem harmlosen Zuschauer die Geldbörse aus der Tasche. Er wurde jedoch schon längere Zeit von einem Polizeiorgane beobachtet und auf frischer That verhaftet.

†† Montag wurde ein Vagabund durch die Polizei auf dem Kazimierz verhaftet, wo er ein gestohlenes eisenbeschlagenes Faß verkaufen wollte, und ein Taglöhner wegen Besitzes von kupfernen Röhrenbestandtheilen, welche, wie die spätere Erhebung nachwies, aus einem auf dem Gute Szczejowice geschehenen Diebstahl von Kupferröhren und Kesseln im Werthe von 120 fl. herrührt. Ferner wurde eine silberne Taschenuhr, die im August v. J. einem Schlossergesellen hier gestohlen wurde, auf dem Kazimierz ausgeforscht und mit Beschlag belegt.

†† Einer Grundbesitzerin aus Piaski wurden am 7. d. Mts. durch eine Magd, welche, wie sich später herausstellte, unter einem fremden Namen und mit einem falschen Zeugnisse bei ihr in Dienst trat, aus dem versperrten Koffer Korallen im Werthe von 300 fl. gestohlen. Die Sicherheitsbehörde verfolgte die Spur der flüchtigen Diebin bis Owsianka bei Kalwaria, wo dieselbe vorgestern noch im Besitze der entwendeten Korallen verhaftet wurde. Endlich wurden vorgestern drei jüdische Gauner ausgeforscht und arretirt, welche bei dem Wochenmarkte auf dem Kleparz einem Leinwandhändler 3 Stücke Leinwand vom Wagen entwendeten.

* In einem an seine Wähler aus dem Großgrundbesitze des Tarnower Kreises gerichteten Schreiben, dat. Góra Ropczycka 7. d. M., dankt Se. Exc. Graf Kasimir Starzeński für die auf ihn gefallene Wahl zum Landtagsabgeordneten, erklärt jedoch unter Versicherung, daß er stets bemüht sein werde, nach Kräften und gewissenhaft dem Wohle des Landes zu dienen, die ehrenvolle Pflicht wegen geschwächter Gesundheit und der ihn oft heimsuchenden Krankheit nicht auf sich nehmen zu können.

* Der zum k. k. Notar in Krzeszowice ernannte Herr Franz Jakubowski hat sein Amt am 25. v. angetreten.

* In Folge des österreichisch-russischen Postvertrages vom 9. Februar d. J. beträgt das einfache Briefporto, für frankirte Sendungen oder nicht, zwischen Brody und Radziwiłłow, österr. und russ. Husiatyn, Bojan und Nowosielice, Szczakowa und Granica, Krakau und Michałowice, Sieniawa und Tarnogród, Bełzec und Tomaszów nur 5 kr.; aus dem Lemberger Postdirectionsbezirke nach den erwähnten russischen Gränzpostanstalten 10 kr. öst. Währ. für einfache frankirte, 15 kr. für unfrankirte Briefe; nach Rußland (das asiatische, Finnland und Königreich Polen incl.) resp. 15 und 20 kr. Einfach sind die Briefe unter 1 Zollloth, bis exclus. 2, 3, 4 Zollloth wird das zwei-, drei- und vierfache Porto eingehoben. Recommandirte zahlen 10 kr., ebensoviel kostet das (verlangte) Retourrecepisse. Bei Kreuzbandsendungen wie Waarenproben und Mustern steigt das Porto zu je incl. $2\frac{1}{2}$ Zollloth von 3 auf 5, 8, 10, 13 und 15 kr.

* Zu dem am 10. Mai d. J. in Wien stattfindenden Wettrennen hat sich aus Galizien Graf Dzieduszycki mit zwei Stuten „Czarnobrewa" (die Schwarzbrauige) und „Haliczanka" einschreiben lassen.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Dem Prospecte der ersten galizischen Spiritus-Rectification- und Sprit-Export-Actien-Gesellschaft entnehmen wir folgende Daten. Der Zweck der Gesellschaft ist die Wandlung des galizischen Spiritus in Sprit, um diesen auf den nächsten billigsten Wegen und directe nach der Levante, resp. in den Welthandel bringen zu können. Das Gesellschafts-Capital soll in 1.500,000 fl. ö. W. bestehen, jedoch die erste Emission nur 300.000 fl. in 300 Stück Actien à 1000 fl. ö. W. betragen. Wenn 25 Percent der ersten Actien-Emission eingezahlt sind, ist die Gesellschaft constituirt und beginnt ihre Wirksamkeit. Fünf Percent per Actie sind bei deren Einzeichnung zu erlegen. Weitere Einzahlungen werden 30 Tage vorher durch Lemberger Zeitungen ausgeschrieben. Wenn sich die Geschäfte der Gesellschaft ausdehnen und mehr Capital nützlich angewendet werden kann, werden weitere Actien-Emmissionen stattfinden. Das Vorrecht des Bezuges bei neu zu emmittirenden Actien erhalten die Gründer und Actionaire erster Emmission. Die Gesellschaft errichtet Spiritusrectifications-Anstalten an geeigneten Orten, besorgt den Einkauf des Spiritus und errichtet auf den wichtigsten Plätzen des Auslands Commanditen und Agenturen immer unter dem Bestreben, den Handel des Spiritus in kaufmännische Hände oder denselben direct an Consumenten zu bringen, legt ihren Schwerpunct aber auf die Fabrication.

Wien, 11. April, Nachm. 2 Uhr. Metalliques 58.90. — Nat.-Anl. 61.80. — 1860er Lose 76.25. — Bankactien 706. — Credit-Actien 134.20. — London 105.80. — Silber 105.25. — Ducat 5.05.

Paris, 11. April. 3% Rente 67.40.

Breslau, 11. April. Amtliche Preis-Notirungen für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 58—80, gelber 56—75. Roggen 52—55. Gerste 39—48. Hafer 27—32, Erbsen 54—63. — Raps (per 150 Pfund Brutto) — — —, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 244—270. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 190—215.

Amsterdam, 10. April. Dort verzinsl. $72\frac{1}{4}$. — 5perc. Met. $51\frac{1}{16}$. — $2\frac{1}{2}$perc. Met. $26\frac{3}{8}$. — Nat.-Anl. $54\frac{11}{16}$. — Silber-Anlehen $57\frac{1}{2}$. — Wien —. — Behauptet.

Berlin, 10. April. Böhmische Westbahn 64. — Gal $73\frac{3}{8}$. Staatsb. 102. — Freiwill. Anlehen 98. — 5perc. Met. $56\frac{1}{4}$ — Nat.-Anl. 59. — Credit-Lose $69\frac{1}{2}$. — 1860er-Lose 73. — 1864er Lose 44. — 1864er Silber-Anleh. 63. — Credit-Actien $64\frac{3}{4}$ — Wien $93\frac{3}{8}$.

Frankfurt, 10. April. 5perc. Met. $55\frac{1}{4}$. — Anlehen vom Jahre 1859 $63\frac{3}{4}$. — Wien $110\frac{3}{8}$. — Bankactien 800. — 1854er Lose $69\frac{1}{4}$. — Nat.-Anleh. $57\frac{3}{4}$. — Cred.-Actien $150\frac{1}{4}$. — 1860er Lose $72\frac{7}{8}$. — 1864er Lose $77\frac{3}{4}$. — 1864er Silber-Anlehen $61\frac{3}{4}$. — American. 74.

Hamburg, 10. April. Nat.-Anl. $57\frac{1}{4}$. — Credit-Act. $63\frac{1}{4}$. — 1860er Lose $71\frac{3}{4}$. — Wien 81.75. — Americ. fehlt.

Paris, 10. April. Schlußcourse: 3percentige Rente 67.40. — $4\frac{1}{2}$perc. Rente 97.50. — Staatsbahn 375. — Credit-Mobilier 584. — Lombard 390. — Oesterr. 1860er Lose fehlt. — Oesterr. Anleihe 380.75. — Piemont. Rente 56.50.

Consols $86\frac{7}{8}$ gemeldet.

Lemberg, 9. April. Holländer Ducaten 5.00 Geld, 5.06 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.03 Geld, 5.08 W. — Russischer halber Imperial 8.60 G., 8.72 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.62 G., 1.65 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.30 G., 1.32 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.55 G., 1.58 W. — Gal. Pfandbriefe in österr. W. ohne Coup. 60.05 G., 60.88 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 63.05 G., 63.72 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 62.52 G., 63.20 W. — National-Anlehen ohne Coup. 61.48 G. 62.23 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 153.— G. 155.33 W.

Krakau, 10. April. Gestern war auf den Gränzmärkten wegen des verlegten Feiertages kein Markt. Hier stockte der Handel fast ganz, aus Mangel an Zufuhr war sehr wenig Getreide in allen Gattungen angeboten, nach einigen Nachfrage. Ungar. Roggen etliche hundert Korez in sehr schöner Gattung verkauft zu 6 — 6.25 fl. ö. W. für 162 Pfd. Wr. Gew. Weißer Weizen gar nicht offerirt, nur rother galiz. einige hundert Korez verkauft zur Ablieferung für 7.25 — 7.80 zu 172 Pfund. Hafer heute sehr gesucht für Saat und den Handel nach Preußen und zur Abstellung mit höheren Preisen verkauft: Galiz. Hafer in guter Gattung bezahlt 2.60 — 2.80 für den Wr. Centner, schwerer zur Saat 3, 3.25 — 3.50 der Korez, alles ohne Verzehrungssteuer. Rother Klee weiter sehr vernachlässigt und zu 36 — 38 fl. ö. W. verkauft; weißer mehr in Nachfrage und Preise etwas höher 48, 50 — 52 für 180 Pfd. Wr. Gew.

Krakauer Cours am 11. April. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 127 verl. 124 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84 verlangt, 82 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 514 verl., 504 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. $132\frac{1}{2}$ verl., $129\frac{1}{2}$ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 158 verl., 155 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler $96\frac{1}{4}$ verl., $95\frac{1}{4}$ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung $105\frac{1}{2}$ verl., $104\frac{1}{2}$ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.06 verl. 4.96 bez. — Napoleondors fl. 8.55 verl., fl. 8.40 bez. — Russische Imperials fl. 8.75 verl., fl. 8.60 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 62.— verl. 61.— bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 65.— verl., 64.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 65.50 bez. 64.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 157.— verl., 153.— bez.

Neueste Nachrichten.

Paris, 10. April. (Abends.) Sämmtliche Journale haben die preußischen Reformvorschläge mit dem höchsten Mißtrauen und Ironie aufgenommen. Der „Temps" sagt, wenn Bismarck das allgemeine Stimmrecht wolle, so möge er es zuförderst in den Herzogthümern einführen.

London, 11. April. Ein bei Lord Russell abgehaltenes Meeting der Liberalen ist befriedigend ausgefallen. Die Regierung hat die beste Aussicht, die zweite Lesung der Reformbill bald durchzusetzen.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Pest, 11. April. In der heutigen, ziemlich schwach besuchten Sitzung beschäftigte sich die Deputirtentafel mit Verificationsangelegenheiten, wobei gegen Andreas Pethe die Untersuchung und gegen Franz Sipos die Annullirung beantragt und angenommen wurde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 11. auf den 12. April.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Franz Wielopolski aus Wierzchowisko, Władysław Moszyński aus Polen, der k. k. Landeschef Franz Ritter von Myrbach aus Czernowitz.

Abgereist ist: Herr Heinrich Turnau nach Dobczyce.

Amtsblatt.

Z. 9244. **Kundmachung** (374. 3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in der ersten Hälfte März 1866 in 11 Ortschaften erloschen und in 3 Ortschaften ausgebrochen ist.

Es werden noch 20 Seuchenorte im Ausweise geführt und zwar: 7 im Stryjer, je 4 im Tarnopoler und Czortkower, 2 im Stanislauer, und je 1 im Złoczower, Lemberger und Brzeżaner Kreis.

Im Königreiche Polen herrscht laut Eröffnung des k. k. General-Consulates in Warschau vom 23. v. M. die Rinderpest in 39 in allen Gouvernements gelegenen und die Milzbrandseuche in 8 Ortschaften des Warschauer, Radomer und Lubliner Gouvernements.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 3. April 1866.

Z. 6320. **Kundmachung.** (377. 1-3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat mit hohem Erlasse vom 23. Februar 1866 Z. 1255/c. u. die Wiederherstellung der schadhaft gewordenen Sturzdecken in mehreren Localitäten des technischen Akademie-Gebäudes zu Krakau um den Kostenbetrag von zwei tausend acht und siebzig (2078) Gulden 25 kr. ö. W. genehmigt.

Zur Hintangabe dieser Herstellungen wird hiemit die Offertverhandlung ausgeschrieben.

Die mit 50 kr. ö. W. markirten Offerten haben den Procentualnachlaß in Zahlen und Buchstaben ohne Correctur zu enthalten. Jeder Offerte, welche der Antragsteller mit Vor- und Zuname, dann Angabe des Wohnortes eigenhändig zu fertigen hat, ist das 10% Vadium entweder im Baren, oder in nach dem börsenmäßigen Course berechneten Staatspapieren beizulegen.

Diese Offerten sind am 27. April 1866 bis 12 Uhr Vormittags im Bureau des scientifisch-technischen Baudepartements der k. k. Statthalterei-Commission, wo auch die näheren Bedingnisse jederzeit während den Amtsstunden eingesehen werden können, zu überreichen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krakau, am 6. April 1866.

Obwieszczenie.

Wysokie c. k. Ministerstwo stanu rozporządzeniem z dnia 23 lutego 1866 nr. 1255/c. u. zezwoliło, aby uszkodzone powały w zabudowaniu technicznem w Krakowie odnowione zostały.

Celem oddania w przedsiębiorstwo tych reparacyi ogłasza się niniejszém publiczna licytacya przez oferty.

Podstawą licytacyi jest odnośny kosztorys, a suma kosztorysem objęta wynosi dwa tysiące siedmdziesiąt ośm (2078) złr. 25 kr. w. a.

Oferty winny być zaopatrzone marką stęplową na 50 kr. a. w. i obejmować ilość opuszczonego procentu na całą robotę, cyframi i głoskami bez żadnych poprawek. Każda oferta ma być zaopatrzoną podpisem imienia i nazwiska, oraz wymienieniem miejsca zamieszkania podającego, przy któréj także wadyum 10% w gotówce lub papierach publicznych według kursu giełdowego obliczonych, załączone być winno.

Oferty te mają być w dniu 27 kwietnia 1866 r. do godziny 12 przed południem w biórze technicznem departamentu budownictwa c. k. Komisyi namiestniczéj podane. Bliższe warunki licytacyi mogą być w rzeczonem biórze w każdym czasie w godzinach urzędowych przejrzane.

Z c. k. Komisyi namiestniczéj.

Kraków, dnia 6 kwietnia 1866.

Z. 4337. **Edict.** (381. 1-3)

Vom k. k. Saybuscher Bezirksamte als Gerichte wird hiemit bekannt gemacht, daß zur Hereinbringung der mit Urtheil vom 22. October 1864 Z. 1816 durch Hrn. Anton Werlik ersiegten Summe pr. 174 fl. 82 kr. ö. W., 91 fl. 20 kr. ö. W., der 5% Interessen von der Summe pr. 174 fl. 82 kr. ö. W. seit 28. October 1864 bis zum Zahlungstage, ferner der Gerichts- und Executionskosten pr. 19 fl. 52 kr. ö. W., 4 fl. 2 kr. ö. W. und pr. 13 fl. 38 kr. ö. W. die executive Feilbietung der dem Schuldner Hrn. Andreas Widzyk gehörigen, sub CNr. 90 in Saybusch gelegenen Realität sammt Gründen am 20. April 1866 und am 24. Mai 1866, jedesmal um 10 Uhr Vorm. hiergerichts unter nachstehenden Bedingungen wird vorgenommen werden:

1. Als Ausrufspreis wird der Schätzungswerth pr. 1746 fl. 60 kr. ö. W. angenommen.
2. Jeder Kauflustige hat als Vadium 10% des Schätzungswerthes, also den Betrag von 175 fl. ö. W. im baaren Gelde zu Händen der Licitations-Commission zu erlegen.
3. An obigen 2 Terminen wird die fragliche Realität unter dem Schätzungswerthe nicht verkauft werden, und im Falle keines Anbotes um, oder über dem Schätzungswerthe, werden die verbücherten Gläubiger zur Aufnahme von erleichternden Bedingungen auf den 6. Juni 1866 um 10 Uhr Vormittags vorgeladen.

Die Einsicht der näheren Feilbietungsbedingungen, des Schätzungsactes und des Grundbuchsauszuges kann in der h. g. Registratur genommen werden.

Hievon werden: Hr. Anton Werlik, Hr. Andreas Widzyk, die löbliche k. k. Finanzprocuratur Namens des h. Aerars, Fr. Katharina Bojarska, Fr. Maria Widz, Hr. Ignaz Mazurek Namens der mind. Kinder nach Katharina Mazurek geb. Widzyk, Fr. Katharina Pruska, der Magistrat der Stadt Kenty Namens der Stadtgemeinde, Hr. Dominik Knesch und schließlich der k. k. Notar Hr. Dr. Bernhard Nechi als aufgestellter Curator ad actum für die liegende Masse nach Katharina Widzyk, für die liegende Masse nach Franz Widzyk und für diejenigen Gläubiger, denen der Feilbietungsbescheid aus was immer für einer Ursache nicht genug zeitlich vor dem ersten Licitationstermine oder gar nicht zugestellt werden könnte, oder deren Aufenthalt unbekannt ist, oder die erst nach dem 1. November 1865 in das Grundbuch gelangen sollten, in Kenntniß gesetzt.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Saybusch, am 19. März 1866.

N. 94. **Edict.** (376. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte wird bekannt gemacht, daß über Ersuchschreiben des k. k. Kreisgerichtes zu Tarnow dtto. 24. Dezember 1863 Z. 17543 zur Feilbietung der zur Hereinbringung des durch Michael Ingber wider Abraham Stoff und Hinda Malie Stoff ersiegten Forderung per 600 fl. ö. W. sammt 6% Zinsen vom 16. März 1863, Gerichtskosten pr. 11 fl. 73 kr., den Executionskosten 4 fl. 38 kr. und 8 fl. 47 kr. ö. W. bei den Executen zu Wróblowice gepfändeten 211 Stück Fichtenstämme die Feilbietungstermine auf den 27. April und 18. Mai 1866, jedesmal um 10 Uhr Vormittag festgesetzt worden sind, und daß diese Licitation im Gerichtssaale abgehalten werden wird.

Es werden daher die Licitationslustigen eingeladen, nach geschehener Besichtigung diesel feilzubietenden Holzes versehen mit der Barschaft zu dieser Licitation beizutreten.

Vom k. k. Bezirksamte.

Wojnicz, am 9. März 1866.

L. 1955. **Edykt.** (362. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Tarnowie edyktem niniejszym wiadomo czyni, iż na zaspokojenie sumy 9000 złr. w. a. z przyn. przez p. Rachelę Rapaport przeciw p. Jakubowi Pischtkowi wywalczonéj, przymusowa sprzedaż połowy dóbr Sieradza czyli Wszeradza, Fiuk i Piaski w obwodzie Tarnowskim położonych, p. Jakuba Pischtka własnéj, na dniu 13 czerwca 1866 i 18 lipca 1866 r. o godzinie 10 zrana w Sądzie obwodowym Tarnowskim pod następującemi odbędzie się warunkami:

I. Na pierwszych dwóch terminach rzeczona połowa dóbr tylko powyżéj, lub za cenę szacunkową w kwocie 36223 złr. 14 kr. w. a. sprzedaną będzie.

II. Licytacya ta odbędzie się we dwóch na dzień 13 czerwca 1866 i na dzień 18 lipca 1866, zawsze o godzinie 10 zrana wyznaczonych terminach, na których owa połowa dóbr tylko powyżéj lub za cenę szacunkową w kwocie 36223 złr. 14 kr. w. a. sprzedaną zostanie.

III. Za cenę wywoławczą stanowi się sądownie oznaczona wartość szacunkowa połowy dóbr Sieradza czyli Wszeradza z przyległ. w kwocie 36223 złr. 14 kr. w. a.

IV. Owa połowa dóbr Sieradza sprzedaje się ryczałtem z wyłączeniem już uzyskanego i przyznanego wynadgrodzenia za zniesione powinności urbaryalne.

V. Każdy chęć kupna mający składa do rąk komisyi sądowéj przed rozpoczęciem licytacyi kwotę 3600 złr. w. a. jako wadyum albo w gotówce, albo w obligach indemnizacyjnych, albo w listach zastawnych gal. stan. Towarzystwa kredytowego podług ich ostatniego kursu w gazecie sądowéj Wiedeńskiéj podanego, nigdy jednak wyżéj ich nominalnéj wartości.

Stronom chęć kupna mającym dozwala się przejrzenie wyciągu tabularnego, aktu oszacowania, inwentarza ekonomicznego dotyczących dóbr w tutejszéj registraturze sądowéj.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 22 lutego 1866.

Z. 1401. **Kundmachung.** (380. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird hiemit bekannt gemacht, daß sich hiergerichts ein großer jüdischer Hängleuchter und eine weiße wollene Decke in der Aufbewahrung befinden, welche aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Diebstahle herrühren.

Es wird daher der Eigenthümer dieser Gegenstände aufgefordert, sich binnen Jahresfrist vom Tage der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in die Krakauer Zeitung so gewiß hiergerichts zu melden, und sein Recht auf die beschriebenen Sachen nachzuweisen, widrigens solche veräußert, und der Kaufpreis bei diesem Kreisgerichte aufbehalten werden würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 10. März 1866.

L. 3861. **Edykt.** (379. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Jana hr. Ankwicza i Gustawa hr. Ankwicza, że przeciw nim p. Apolonia z hr. Ankwiczów Wilkoszewska pod dniem 26 lutego 1866, l. 3861 o orzeczenie, iż kaucya 4011 złr. w. w. na rzecz masy pupilarnéj ś. p. Stanisława hr. Ankwicza pierwotnie w stanie biernym sumy 100.000 złp. ciążącéj na Jawczycach intabulowaną, następnie na sumę 23500 złr. 25½ kr. w. a. i na obowiązek zapłacenia od téj sumy procentów intabulowanych w stanie biernym dóbr Jawczyce przeniesiona przez przedawnienie zgasła i wymazaną być winna, wniosła pozew, w załatwieniu tegóż pozwu do ustnéj rozprawy na dzień 1 maja 1866 o godzinie 10 rano termin wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu współpozwanych nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak równie na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 27 marca 1866.

Z. 2890. **Kundmachung.** (373. 3)

Mit 16. April l. J. tritt in dem Orte Sołotwina bei Bohorodczany eine k. k. Postexpedition ins Leben.

Dieselbe hat sich mit dem Briefpostdienste und mit der postämtlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Werthsendungen bis zum Einzelngewichte von 3 Pfund zu befassen und mit dem Postamte in Bohorodczany mittelst tägl. Fußbotenposten mit unten folgender Coursordnung in Verbindung zu stehen.

Vom 1. April bis Ende September:

Von Sołotwina
täglich um 3 Uhr 30 Min. Nachmittags.
In Bohorodczany
täglich um 7½ Uhr Abends.
Von Bohorodczany
täglich um 5 Uhr Früh.
In Sołotwina
täglich um 9 Uhr Vormittags.

Vom 1. October bis Ende März:

Von Sołotwina täglich um 2 Uhr Nachmittag.
In Bohorodczany täglich um 6 Uhr Abends.
Von Bohorodczany täglich um 6 Uhr Früh.
In Sołotwina täglich um 10 Uhr Vormittags

Die Entfernung zwischen Sołotwina und Bohorodczany beträgt 2⅞ Meilen.

Der Bestellungsbezirk der Posterpedition Sołotwina besteht aus nachbenannten Orten des politischen Bezirkes Sołotwina: Babcze, Bania, Bogrówka, Chmielówka, Dzwiniacz, Jabłonka, Kozmacz, Krzycko, Krzywiec, Mandawa, Manasterczany, Markowa, Porochów, Rakowice, Rosulna, Sołotwina, Starunia, Zarzydzie, Żuraki.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 31. März 1866.

Filiale der k. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft in Krakau.

Tarif-sätze

der

Zinsen u. Nebengebühren für Pfanddarlehen auf Werth-Papiere.

(383. 1-8)

Die Pfanddarlehen werden auf die Dauer von einem Monate, bei Beträgen unter fl. 100 auf die Dauer von drei Monaten gegeben.

Die Zinsen und Nebengebühren werden vom Darlehensbetrage berechnet und nachhinein bei der Auslösung, Umsetzung oder Veräußerung des Pfandes eingehoben, und zwar an

Aufnahms-Gebühr:

	Für den Monat
Für Pfänder von fl. 5 bis fl. 100	½%
" " " fl. 100 aufwärts	⅓%

an Zinsen 6%, an Aufbewahrungsgebühr 2% für ein Jahr.

Für die Zeitdauer vom Tage der Einlage bis zum Tage der Auslösung, Umsetzung oder Veräußerung des Pfandes werden die Nebengebühren stets nach ganzen Monaten, die Zinsen bis zum Verfallstage nach Tagen, vom Verfallstage des Pfandes an aber nach halben Monaten berechnet.

Für im officiellen Wiener Coursblatte nicht notirte Papiere wird überdies eine Schätzungs-Gebühr von ⅙% pr. Monat berechnet.

Jeder angefangene ganze Monat und beziehungsweise jeder halbe Monat wird als voll angenommen.

Amtsstunden täglich von 9 Uhr Vormittag bis 3 Uhr Nachmittag, Sonn- und Feiertage ausgenommen.

K. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft.

Kundmachung. (384. 1-3)

Von der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krakau wird hiermit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Geschäfts-Ordnung die bei ihr bis 15. März 1866 verfallenen Pfänder, u. z.:

Prätiosen,

d. i. silberne Leuchter, Löffel, Messer, Gabel, Gold- und Silberuhren, Ringe, Ketten, Korallen, Perlen, Brillanten 2c. 2c.

Waaren,

bestehend aus Tuch- und Schafwollstoffen,

am 16. u. 17. April 1866, Vorm. 9 Uhr im Wege der öffentlichen Feilbietung am Ringplatze Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen sogleiche baare Bezahlung werden hintangegeben werden.

Der Vorstand:

Koritschoner mp.

Wiener Börse-Bericht

vom 10. April.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	55.25	55.40
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	62.50	62.70
vom April — October	62.40	62.50
Metalliques zu 5% für 100 fl.	59.50	59.75
dtto „ 4½% für 100 fl.	52.—	52.50
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	138.—	138.50
„ 1854 für 100 fl.	74.50	75.—
„ 1860 für 100 fl.	87.—	87.50
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	69.10	69.20
„ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	79.50	80.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	72.—	77.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	81.—	84.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	98.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	82.—	86.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	62.50	63.50
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	60.50	61 —
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	63.50	65.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	62.—	62.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	58.25	58.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	60.50	61.50
Galiz. Landesch. v. 1866 rückz. zu 7% für 100 fl.	—.—	—.—

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	712.—	713.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öftr. W.	136.10	136.30
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W.	553.—	555 —
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1463.	1465.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	160.70	160.90
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öftr. W. oder 500 Fr.	162.—	163.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	114.50	115.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	153.25	153.50
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	68.50	69.50
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	133.50	134.—
der Süd-norddt. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	100.50	101.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	440.—	442.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	194.—	198.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öftr. W.	—.—	350.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	—.—	350.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.50	105.—
verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.90	87.10
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	82.60	82.80
Galiz. Credit-Anstalt öftr. W. zu 4% für 100 fl.	60.—	60.60

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öftr. W.	109.50	110.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	78.—	79.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	108.50	109.50
„ „ „ zu 50 fl. CM.	47.—	47.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öftr. W.	22.—	23.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	70.—	75.—
Salm zu 40 fl. „	25.—	26.—
Palffy zu 40 fl. „	20.50	21.50
Clary zu 40 fl. „	21.—	22.—
St. Genois zu 40 fl. „	20.—	21.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.—	16.—
Waldstein zu 20 fl. „	17.50	18.50
Keglevich zu 10 fl. „	13.—	13.50
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.—	11.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	89.10	89.20
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4½%	89.15	89.25
Hamburg, für 100 M. B. 5%	78.90	79.25
London, für 10 Pf. Sterl. 6%	105.50	105.80
Paris, für 100 Francs 3½%	42.05	42.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	5	3	5	5
„ vollw. Dukaten	—	—	—	—	5	3	5	5
Krone	—	—	—	—	14	60	14	65
20 Francstücke	—	—	—	—	8	50	8	52
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	70	8	75
Vereinsthaler	—	—	—	—	1	57½	1	58
Silber	—	—	—	—	105	15	105	35

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf n Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tage von	bis
11	2	329''' 16	+10°7	60	West-Nord-West mittel	trüb	Regen	+7°2	+11°4
	10	29 56	7,3	88	Süd-West still	heiter mit Wolken			
12	6	29 20	5,2	93	Nord „	„ „ „			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**